

---

Forderung

Kommentieren

Drucken

Text

## Parteien wollen Bäume besser schützen

**Fünf Ratsparteien wollen mehr Bäume als bisher vor Axt und Säge schützen. Sie fordern eine strengere Baumschutzsatzung für Göttingen, die auch Weiden und Wildobst einbezieht. Sie dürften dann nur mit Genehmigung der Stadtverwaltung gefällt werden. Die sieht aber keinen Änderungsbedarf, ebenso wenig Umweltschützer.**

## Themen

für Ratspolitik

Von Ulrich Schubert

Artikel veröffentlicht: Mittwoch,  
08.02.2017 19:04 UhrArtikel aktualisiert: Samstag,  
11.02.2017 00:17 Uhr

Frontscheibe

Sollen besser geschützt werden:  
Bäume in Göttingen.

Quelle: GT Archiv

Twittern

G+1

Teilen

Empfehlen

3

ANZEIGE

**Göttingen.** Seit vielen Jahren gibt es in Göttingen eine Satzung, die Laubbäume, Walnussbäume und Esskastanien ab einem Stammumfang von einem Meter in einem Meter Höhe schützen soll. Sie gilt für private Grundstückseigentümer, aber auch für die Stadt selbst. Nur mit Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde diese Arten gefällt werden. Von der Satzung ausgenommen sind ausdrücklich Pappeln, Weiden, Obstbäume sowie alle Nadelbäume. Stehen sie im Bereich des umliegenden Landschaftsschutzgebietes, sind auch sie geschützt.

Den Piraten, der „Partei“, FDP, GöLinke und Antifa-Linke im Rat der Stadt greift die Baumschutzsatzung nicht weit genug. In einer Anfrage an die Verwaltung und Pressemitteilung fordern sie, die Satzung zu überarbeiten. „Sie entspricht nicht mehr den üblichen Kriterien und hinkt der Zeit hinterher“, heißt es in ihrer Erklärung. Es sei bedauerlich, das Weiden, Wildkirschen, Hecken, Klettergewächse und Großsträucher ohne Genehmigung „einfach entfernt werden können“. Dabei beziehen sich die Parteien auch auf Satzungen von 60 anderen Städten in Deutschland,

rauen wollen, ein ebenso teures Gutachten vorlegen mussten wie ein Grußgrundbesitzer, der mehrere Bäume fällen will.

Für die Stadtverwaltung gibt es keinen Grund, die Satzung zu ändern: Das Verfahren habe sich bewährt, Änderungen würden zudem schnell zu mehr bürokratischem Aufwand führen. Das sei nicht bürgerfreundlich. Pappeln und Weiden seien vor einigen Jahren erst im Zuge einer Kompromisslösung herausgenommen worden. Externe Gutachten würden im Übrigen nur sehr selten und in unklaren Fällen verlangt.

„Wir können doch grundsätzlich erst einmal froh sein, dass wir so eine Satzung haben“, kommentierte Hermann Merkord vom Göttinger Vorstand des Bundes für Umwelt und Naturschutz den Vorstoß. Seitens der Naturschützer gebe es zurzeit keine Intentionen, diese zu ändern. Ihn verwundere der Vorschlag aus der Politik ohne Rücksprache mit den Umweltverbänden, so Merkord. Die Göttinger Naturschutzbeauftragte Britta Walbrun findet es zwar „auch wünschenswert, wenn Bäume im Stadtgebiet besser vor Begehrlichkeiten geschützt werden“. Sie bezweifelt aber, „dass die Baumschutzsatzung dafür das richtige Instrument ist“.